

## Die Landesantidiskriminierungsstelle für Bremen soll kommen – Eine Chance im Kampf gegen strukturelle Diskriminierung

**Das Netzwerk gegen Diskriminierung - begrüßt den Vorstoß der  
Regierungsfractionen eine Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) in Bremen  
einzurichten. Mit dem Beschluss vom 9.7.2020 setzt Bremen den bereits 2012  
geäußerten politischen Willen „Diskriminierung entschlossen entgegenzutreten“  
endlich in die Praxis um.**

„Wir als Bremer Netzwerk Antidiskriminierung begrüßen die längst überfällige Einrichtung einer LADS in Bremen. Wir freuen uns, dass Bremen so endlich gleichzieht mit anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, und somit auch seiner Verantwortung nachkommt, seine Bürger\*innen noch besser vor Diskriminierung zu schützen“ so die Koordinatorin des Netzwerks, Aretta Mbaruk. „Eine solche Landesantidiskriminierungsstelle muss dabei mit ausreichend Mitteln ausgestattet, finanziell langfristig gesichert sein sowie über ausreichend personelle Ressourcen verfügen.“

Nachdem erste Forderungen nach einer LADS im Jahr 2012 von den damaligen Regierungsparteien verworfen wurden, wurde das Netzwerk gegen Diskriminierung durch einen Senatsbeschluss ins Leben gerufen, jedoch ohne festen Etat. Mitglieder des Netzwerkes sind sowohl behördliche als auch unabhängige Akteure der Bremer Beratungsangebote zugunsten von Antidiskriminierung. Das Netzwerk und unter anderem der Bremer Rat für Integration fordern seit vielen Jahren die Schaffung einer LADS als zentrale Fachstelle für Diskriminierungsfragen und Antidiskriminierungsexpertise. Zuletzt wurden die konkreten Forderungen in der Stellungnahme des Netzwerkes im November 2018 formuliert.

Das Netzwerk gegen Diskriminierung sieht in der Einrichtung der LADS eine Ergänzung zu den bereits bestehenden Beratungsangeboten und eine Möglichkeit Lücken zu schließen, die in der Beratungslandschaft Bremens ganz klar existieren. So gibt es in Bremen bspw. keine Beratungsstelle, die Menschen berät, die Diskriminierung bei der Wohnungssuche erfahren, da alle Beratungsstellen, die einen horizontalen Ansatz verfolgen, ihren Schwerpunkt auf Diskriminierung im Arbeits-, Studium- und Ausbildungskontext haben. Von horizontalem Ansatz wird gesprochen, wenn Beratungsstellen zu allen im AGG als schützenswerte Merkmale definierten Diskriminierungsdimensionen beraten.

Die Einrichtung einer LADS darf dabei nicht dazu dienen, bestehende Beratungsangebote einzuschränken oder zu ersetzen – im Gegenteil, diese sollte z.B. in Form von Erst- und Verweisberatung die Bremer Beratungsstrukturen nutzen, ergänzen und unterstützen. Weiterhin braucht es eine Stelle, die Erhebungen im Lande Bremen in Auftrag geben kann, um die Erfahrungen der Bürger\*innen mit Diskriminierungen qualitativ und quantitativ zu erfassen, aber ebenso den Beratungsbedarf damit sichtbar zu machen.

Zugleich kommt der LADS eine wichtige Rolle bei der Vernetzung und dem Austausch zwischen den verschiedenen Beratungsstellen zu, als Schnittstelle und Beraterin für Politik und Verwaltung in Sachen Diskriminierungsschutz sowie bei der Bündelung von Maßnahmen, um die bestehenden Angebote in der Öffentlichkeit bekannt und für die Zivilgesellschaft verfügbare und nutzbar zu machen.

Zentral ist für das Bremer Netzwerk gegen Diskriminierung auch die Frage nach der Unabhängigkeit der neu einzurichtenden Stelle. Egal, ob die neu einzurichtende LADS innerhalb oder außerhalb von Verwaltungsstrukturen angesiedelt sein wird, ist eine weisungsunabhängige Stelle notwendig, die

durch ihre Unabhängigkeit eine gewisse Kontrollfunktion innehat und Verstöße gegen das Diskriminierungsverbot anmahnen kann.

Nicht zuletzt ist zu hoffen, dass die LADS durch die Beteiligung an der Entwicklung von Gesetzesvorschlägen die Rahmenbedingungen für die Antidiskriminierungsarbeit verbessert. Wichtig ist auch Schutzlücken im Bereich des staatlichen Handelns - Schule, Polizei und Bürger\*innenämter - zu schließen. Hier könnte langfristig ein Antidiskriminierungsgesetz Abhilfe schaffen.

Bremer Netzwerk gegen Diskriminierung

Im Juli 2020